

35. Ordentlicher Landesparteitag

26. April 2025, Zerbst/Anhalt

Antragsbuch

Satzungsänderungen

Antrags-Nr.	Antragsteller	Thema
SÄA001	LIM	
SÄA002	LIMp	Generalsekretär
SÄA003	LIM	LIM Sachsen-Anhalt
SÄA004	LIM	Mitgliedschaft in der FDP
SÄA001ÄA01	HZ	
SÄA003ÄA01	LIM	LIM Sachsen-Anhalt
SÄA003ÄA02	HZ	LIM Sachsen-Anhalt

Leitantrag

Antrags-Nr.	Antragsteller	Thema
L001	Landesvorstand	Freiheit First – Bürokratie last - Entschlossen für die Freiheit

Sachanträge

Antrags-Nr.	Antragsteller	Thema
A001	Delegierte	Inhaltliche Ausrichtung der FDP auf Bundesebene
A002	Delegierte	Innerparteiliche Veränderung für eine wettbewerbsfähige Partei
A003	HAL	Stärkung der Repräsentation und Mitwirkung der ostdeutschen Landesverbände in der Bundespartei

Politik, die rechnen kann

A004	Julis	Bundespräsident
A005	Julis	Faxgeräte abschaffen
A006	Julis	Gebührenfreier Personalausweis
A007	Julis	Landesmedienanstalten
A008	Julis	Schiene
A009	Julis	Sozialhaushalt
A010	DE-RSL	Berlin-Bonn
A011	HZ, LIM	Schuldenbremse
A012	LIM	Selbständige, Freiberufler - Gründerkultur schaffen, Beitragsgerechtigkeit herstellen

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Antragsbuch

Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

A013	Julis	Ladenöffnungszeiten
A014	Julis	Lebensmittelverschwendungen
A015	HAL	Rasseliste abschaffen

Weltbeste Bildung für jeden

A016	Julis	Lehrplan-Chaos
A017	Julis	Religionsunterricht
A018	MD	Alltagshelfer

Freiheit und Menschenrechte weltweit

A019	Julis	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien
A020	DE-RSL	Abschaffung Paragraph 188

A021	Landesvorstand	Mehr Transparenz statt Überregulierung im Bodenmarktrecht
		Verbesserung der Dual-Use-Fähigkeit der Verkehrsinfrastruktur zur Stärkung der nationalen
A022	Landesvorstand	Resilienz und Sicherheit
A023	Landesvorstand	Wettbewerbsverzerrung im Privatwald beenden

Satzungsänderung SÄA001

1 Antragsteller: **Liberaler Mittelstand**

2

3 Thema: **§ 14 Abs. 3 „Verteilungsschlüssel der Delegierten“**

4

5

6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8

9 Änderung des § 14 Abs. 3 bzgl. Verhältnis „Mitgliederanzahl / Wahlerfolg Zweitstimmen“

10

11 (3) 3/4 der nach Absatz (2) ermittelten Delegiertenzahl wird unter Anwendung des Hare-
12 Niemeyer-Verfahrens nach dem Verhältnis der Mitgliederzahlen der einzelnen
13 Kreisverbände zur Gesamtzahl der Mitglieder aller Kreisverbände auf die Kreisverbände
14 verteilt. 1/4 der nach Absatz (2) ermittelten Delegiertenzahl wird unter Anwendung des
15 Hare-Niemeyer-Verfahrens nach dem Verhältnis der für die FDP bei der letzten vor dem
16 Landesparteitag durchgeführten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Gebiet eines jeden
17 Kreisverbands abgegebenen Zweitstimmen zur Gesamtzahl der für die FDP bei dieser
18 Landtagswahl abgegebenen Zweitstimmen auf die Kreisverbände verteilt.

19

20 Begründung

21

- Erfolgt mündlich

Satzungsänderung SÄA002

1 Antragsteller: **Liberaler Mittelstand**

2

3 Thema: **§ 17 „Zusammensetzung des Landesvorstands“**

4

5

6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8

1. Ergänzung des § 17 Abs. 1 Satz 1 um Nr. 1 f „sofern der Landesvorsitzende von seinem Recht gemäß Abs. 2 Gebrauch macht, dem Generalsekretär der vom Landesparteitag auf Vorschlag des Landesvorsitzenden gewählt wird“
2. Es wird ein neuer § 17 Abs. 2 in die Satzung der FDP Sachsen-Anhalt eingefügt: „(2) Der Landesvorsitzende kann einen Generalsekretär vorschlagen. Er wird dann vom Landesparteitag für die Amtszeit des Landesvorsitzenden gewählt.“
3. Die bisherigen § 17 Abs. 2 bis 7 verschieben sich um jeweils eine Ziffer.

16 Begründung

17 - Erfolgt mündlich

Satzungsänderung SÄA003

1 Antragsteller: **Liberaler Mittelstand**

2

3 Thema: **§ 17 „Zusammensetzung des Landesvorstands“**

4

5

6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8

9 1. Ergänzung des § 17 Abs. 1 Satz 1 um Nr. 7 „einem Vertreter des Liberalen Mittelstand
10 Sachsen-Anhalt e.V., der Mitglied der FDP sein muss.

11

12 Begründung

13 Wir werfen die Frage auf, warum eine Unterscheidung zwischen Gruppe 1 –
14 Mitgliedschaft mit Stimmrecht (Junge Liberale, Liberale Frauen) und Gruppe 2 –
15 Mitgliedschaft nach Beschluss ohne Stimmrecht (Liberale Hochschulgruppen,
16 Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker Sachsen-Anhalt, Liberale Senioren Sachsen-
17 Anhalt, Liberaler Mittelstand Sachsen-Anhalt, Liberale Schwule und Lesben) erfolgt.
18 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Satzungsänderung SÄA004

1 Antragsteller: **Liberaler Mittelstand**

2

3 Thema: **§ 3 „Mitgliedschaft im Landesverband der FDP Sachsen-Anhalt“**

4

5

6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8

9 Ergänzung/Erweiterung des § 3 um die Absätze 4 und 5

10

11 (4) Ausgeschlossen von einer Mitgliedschaft sind ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter des
12 MfS/AfNS und deren Informanten, die wissentlich für diese Ministerien gearbeitet haben.

13

14 (5) Ausgeschlossen von einer Mitgliedschaft sind Verantwortungsträger des SED-Regimes
15 wie:

- 16 - ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter von SED Kreis- und Bezirksleitungen,
- 17 - ehemalige Mitglieder der Sekretariate der gleichen Leitungsebenen,
- 18 - ehemalige Vorsitzende der Räte der Kreise und Bezirke einschließlich deren 1.
19 Stellvertreter
- 20 - für Inneres,
- 21 - ehemalige Kaderleiter staatlicher Organe und Einrichtungen, VE-Kombinate sowie
- 22 - vergleichbarer Institutionen und Einrichtungen,
- 23 - ehemalige Kommandeure der Kampfgruppen und Politstellvertreter.

24

25 Begründung

26

- erfolgt mündlich.

Änderungsantrag 02 zu SÄA003

1 Antragsteller: **Kreisverband Harz**

2

3 Thema: **§ 17 „Zusammensetzung des Landesvorstands“**

4

5

6 Der Landesparteitag möge beschließen:

7

8 Änderung des § 17 Abs. 1 Satz 2 „Die in Satz 1 genannten Mitglieder des Landesvorstandes
9 werden vom Landesparteitag gewählt.

10

11 Begründung

12 Die Mitglieder des Landesvorstands müssen entweder nach § 9 Abs. 4 PartG durch Wahlen auf
13 einem Parteitag gewählt werden oder können kraft Satzung dem Landesvorstand gemäß § 11
14 Abs. 2 Satz 1 PartG angehören, wenn sie ihr Amt oder ihr Mandat aus einer Wahl (hier
15 Landtags- oder Bundestagswahl) erhalten haben.

16 § 11 Abs. 2 Satz 1 PartG („können“) stellt keine verpflichtende Vorschrift dar, sondern sollte
17 hinsichtlich seiner Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der unmittelbaren Wahl überprüft werden. In
18 bestimmten Konstellationen liegt hier nach unserer Auffassung lediglich noch eine mittelbare
19 Legitimierung vor. Daher sollten im Rahmen der Wahlen zum Landesvorstand ausdrücklich alle
20 Mitglieder in einer freien und geheimen Wahl legitimiert werden. Dies dient der Stärkung der
21 Akzeptanz des Landesvorstands bei allen Mitgliedern und führt zu einer konsequenten
22 Umsetzung der Wahlrechtsgrundsätze.

Änderungsantrag 01 zu SÄA001

1 Antragsteller: **Kreisverband Harz**

2

3 Thema: **§ 14 Abs. 3 „Verteilungsschlüssel der Delegierten“**

4

5

6 Der Landesparteitag möge beschließen:

7

8 Änderung des § 14 Abs. 3

9

10 (3) Die nach Absatz 2 ermittelte Delegiertenzahl wird unter Anwendung des Hare-Niemeyer-
11 Verfahrens nach dem Verhältnis der Mitgliederzahlen der einzelnen Kreisverbände zur
12 Gesamtzahl der Mitglieder aller Kreisverbände auf die Kreisverbände verteilt.

13

14 Begründung

15 Die bisherige Fassung sowie auch der Satzungsänderungsantrag des LiM Sachsen-
16 Anhalt e.V. können final nicht den Wortlaut „Der Landesparteitag besteht aus
17 Delegierten“ abbilden. Vielmehr handelt es sich in der bisherigen Fassung um eine
18 Überlagerung durch ein Wahlergebnis, welches zum Teil schon 2 Legislaturen des
19 Landesvorstands zurückliegt. Zahlenmäßig große Kreisverbände mit hohen
20 Wahlergebnissen werden bisher überproportional bevorzugt.

21

22 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Änderungsantrag 01 zu SÄA003

1 Antragsteller: **Liberaler Mittelstand**

2

3 Thema: **§ 17 „Zusammensetzung des Landesvorstands“**

4

5

6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8

- 1. Ergänzung des § 17 Abs. 1 Satz 1 um Ziffer 7 „einem Vertreter des Liberalen Mittelstand Sachsen-Anhalt e.V., der Mitglied der FDP sein muss.
- 2. Ergänzung des § 17 Abs. 1 Satz 2 um Ziffer 7 „Die in Satz 1 Ziffer 1 Buchstabe a) bis c) und e) sowie Ziffer 2 bis 4 und Ziffer 7 genannten Mitglieder des Landesvorstandes werden vom Landesparteitag gewählt.

14

Begründung

16 Der am 13.03.2025 übersandte Satzungsänderungsantrag war leider der
17 Beschlussentwurf im Rahmen der Vorstandssitzung. Der durch den Vorstand des
18 LiM Sachsen-Anhalt e.V. beschlossene Satzungsänderungsantrag sieht
19 ausdrücklich die Wählbarkeit des Vertreters des LiM Sachsen-Anhalt e.V. vor (siehe
20 Ziffer 7 § 17 Abs. 1 Satz 2). Der mögliche Vertreter des LiM Sachsen-Anhalt e.V. ist
21 selbstverständlich im Einklang mit dem PartG durch eine geheime Wahl im Rahmen
22 eines Landesparteitages zu wählen. Der Fehler der Übermittlung des „Entwurfs“ war
23 der Unaufmerksamkeit des Generalsekretärs geschuldet.

24

25 Der vorliegende Änderungsantrag zum Satzungsänderungsantrag (SÄA003)
26 entspricht der Beschlusslage gemäß Vorstandssitzung des LiM Sachsen-Anhalt e.V.
27 vom 27.02.2025.

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Leitantrag L001

1 Antragsteller: **Landesvorstand**
2
3 Thema: **Freiheit First – Bürokratie last - Entschlossen für die Freiheit**
4
5 Leitantrag zum 35. ord. Landesparteitag der Freien Demokratischen Partei
6 Landesverband Sachsen-Anhalt
7
8
9
10 Der Landesparteitag möge beschließen:
11
12 **Einleitung**
13 Sachsen-Anhalt braucht weniger Papier, weniger Prozesse und mehr Freiraum für
14 Ideen. Bürger, Unternehmer und Ehrenamtliche leiden gleichermaßen unter einem
15 immer weiter ausufernden Regelungsdickicht. Bürokratie lähmt Innovation, verschlingt
16 Ressourcen und frustriert all jene, die gestalten wollen.
17 Als Freie Demokraten setzen wir uns für ein Sachsen-Anhalt ein, das Verwaltung neu
18 denkt und arbeitet: digital, effizient, dienstleistungsorientiert – und vor allem frei von
19 unnötiger Regulierung.
20
21 **Unsere Forderungen**
22
23 **1. Digital statt Personal: Verwaltung modernisieren statt aufblähen**
24 Bevor es zu Neueinstellungen in der öffentlichen Verwaltung kommt, muss zwingend
25 geprüft werden, ob die jeweilige Aufgabe durch Automatisierung, Digitalisierung oder
26 effizientere Prozesse wegfallen oder verschlankt werden kann. Nur wo Aufgaben
27 tatsächlich unverzichtbar sind und nicht automatisiert werden können, darf Personal

Leitantrag L001

28 eingestellt werden. Das sichert die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung auch in Zukunft und
29 reduziert die Bürokratielasten für Bürger und Unternehmen.

30

31 Kernmaßnahmen:

32 Kontinuierliche Investition in leistungsfähige digitale Infrastruktur, um
33 Verwaltungsprozesse effizient und nutzerfreundlich zu gestalten.

- 34
- Interkommunale Zusammenarbeit bei der Umsetzung digitaler
35 Verwaltungsleistungen im Back-Office.
 - Digital only für alle Verwaltungsebenen des Landes, damit Doppelarbeit entfällt.
36 Wer über keinen digitalen Zugang verfügt, kann wie bisher in der zuständigen
37 Verwaltung seine Anträge etc. aufnehmen lassen.
 - Qualifizierungsangebote für Verwaltungsmitarbeiter, damit sie digitale
40 Technologien optimal nutzen und neue Aufgaben übernehmen können.

41

42 **2. Weniger ist mehr**

43 Bürokratische Lasten kosten Unternehmen und Bürger immer mehr Aufwand und Geld
44 und frustrieren zunehmend. Wir sind überzeugt, bei Bürokratie ist weniger mehr. Wir
45 wollen mehr Vertrauen statt mehr Kontrolle durch den Staat und wollen eine nachhaltige
46 Entbürokratisierung. Um die Bürokratielasten bewerten zu können, sind bei neuen
47 Gesetzen und Verordnungen die Aufwendungen für Bürger und Unternehmen zu
48 quantifizieren und Aufwand und Kosten abzubilden. Die Umsetzung wird durch den
49 Normenkontrollrat kontrolliert.

50

51 Transparenz und Kontrolle:

Leitantrag L001

-
- 52 • Jährlicher Bericht zu den Kosten inklusive Sach- und Personalaufwendungen für
53 die Umsetzung von Vorschriften.
54 • Darüber hinaus fordern wir eine jährliche Veröffentlichung, in der transparent und
55 nachvollziehbar aufgelistet wird, welche Regelungen weggefallen sind – und
56 welche neuen hinzukamen. Ziel ist es, die Bürokratielast jährlich zu reduzieren.

57

58 **3. One-in-two-out-Regel**

59 Wir wollen einen gangbaren Prozess definieren, mit dem die One-in-two-out-Regel
60 wirksamer umgesetzt werden kann. Dabei soll grundsätzlich gelten, dass für neue
61 Vorschriften andere mit gleichem Erfüllungsaufwand reduziert werden müssen. Die
62 Ebene der Vorschriften, ob gesetzlich oder untergesetzlich ist unerheblich. In der Pflicht
63 ist dabei zunächst das für die neuen Regelungen zuständige Ressort. Nur in
64 Ausnahmen kann die Einsparung ressortübergreifend erfolgen.
65 Für den Aufwuchs an Vorschriften durch Regelungen des Bundes oder der EU gilt, dass
66 vor ihrer Umsetzung jeweils zu prüfen ist, welches Potential es für kompensierenden
67 Abbau von Regeln gibt.

68

69 **4. Verwaltung auf Probe: Sunset-Klauseln für neue Regulierungen**

70 Neue bürokratische Regelungen sollen grundsätzlich mit einer Sunset-Klausel versehen
71 werden. Nach spätestens fünf Jahren muss ihre Wirksamkeit evaluiert und ein
72 Fortbestehen aktiv beschlossen werden. Andernfalls entfällt die Regel nach 5 Jahren.

73

74 Praktische Umsetzung:

- 75 • Klare Evaluationskriterien, um sicherzustellen, dass nur notwendige und
76 wirksame Regelungen bestehen bleiben.

Leitantrag L001

-
- 77 • Beteiligung der Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen durch regelmäßige
78 Umfragen etwa über das Beteiligungsportal aber auch öffentliche Anhörungen.

80 **5. One-Stop-Shops für Bürger und Unternehmen**

81 Gänge zu unterschiedlichen Behörden sollen der Vergangenheit angehören.
82 Verwaltungsstrukturen sollen digital zusammengeführt werden. Wir fordern ein
83 Bürgerportal, über die sämtliche Verwaltungsleistungen digital, benutzerfreundlich und
84 ohne Medienbrüche abgewickelt werden können. Dies soll in allen
85 Verwaltungshomepages integriert sein, so dass es für Bürgerinnen und Bürger egal ist,
86 ob sie über eine Suchmaschine oder etwa die Homepage der eigenen Stadt nach der
87 Leistung suchen. Zudem soll für Verwaltungsleistungen zukünftig gelten: Digital only.

89 Zusätzliche Maßnahmen:

- 90 • Zentrale Service-Hotline, die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen bei digitalen
91 Anträgen unterstützt. Möglichkeit digitale Verwaltungsleistungen auch in der
92 Verwaltung vor Ort mit Unterstützung beantragen zu können.
- 93 • Zusammenlegung oder Abschaffung unnötiger Verwaltungsstrukturen, um
94 Prozesse effizienter zu gestalten.
- 95 • Interkommunale Wahrnehmung der Verwaltungsleistungen im Back Office.

97 **6. Wirtschaft entlasten – Genehmigungsverfahren beschleunigen**

98 Für Genehmigungsverfahren müssen klare Bescheidungsfristen gelten. Wird der Antrag
99 nicht innerhalb der Frist beschieden oder teilt die Behörde dem Antragsteller innerhalb
100 der Frist keine rechtlichen, außerhalb der Behördenorganisation liegenden Gründe mit,
101 die einer Bescheidung entgegenstehen, soll das Prinzip der Genehmigungsfiktion

Leitantrag L001

102 greifen: Der Antrag gilt als genehmigt.

103

104 Maßnahmen zur Umsetzung:

- 105 • Sanktionen bei Fristüberschreitungen: Behörden, die wiederholt Fristen nicht
106 einhalten, müssen Rechenschaft ablegen und ihre Abläufe verbessern.
- 107 • Verstärkte Digitalisierung von Anträgen, um Bearbeitungszeiten durch
108 Automatisierung zu verkürzen und Antragstellern den Bearbeitungsstand
109 transparent zu machen.
- 110 • Interkommunale Wahrnehmung der digitalen Verwaltungsdienstleistungen im
111 Back Office, um die Qualität auch in Zukunft sicherstellen zu können.

112

113

7. Bürokratie-TÜV: Kompetenzen des Normenkontrollrat ausweiten

114 Der Normenkontrollrat in Sachsen-Anhalt soll zusätzliche Kompetenzen erhalten, um
115 neue Gesetze auf Bürokratiebelastung zu prüfen.

116

117 Erweiterte Aufgaben:

- 118 • Überprüfung bestehender Gesetze und Verwaltungsvorgänge auf
119 Einsparpotenziale, Digitalisierbarkeit und Entbürokratisierung.
- 120 • Veröffentlichung von Empfehlungen, die für die Landesregierung verbindlich sein
121 müssen.
- 122 • Einrichtung eines Meldeportals, über das Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen
123 Bürokratiehürden melden und Verbesserungsvorschläge einreichen können.
- 124

Leitantrag L001

126 Wir machen Bürokratieabbau messbar!

127

128 Bürokratieabbau darf kein Lippenbekenntnis sein – er muss sich in spürbaren
129 Verbesserungen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen niederschlagen aber auch
130 die Verwaltung von monotonen Aufgaben entlasten. Die 1:1-Umsetzung europäischer
131 Vorschriften ist für uns selbstverständlich, ebenso werden wir alle Potentiale
132 ausschöpfen, um die Umsetzung europäischer Vorgaben aber auch Fördermittel so
133 einfach wie möglich zu machen. Deshalb fordern wir eine jährliche Erfolgskontrolle aller
134 Bürokratieabbaumaßnahmen.

135

136 Dazu gehören:

- 137 • Ein Bürokratieindex, der misst, ob die Belastung tatsächlich abnimmt.
- 138 • Regelmäßige Unternehmens- und Bürgerbefragungen etwa über das
139 Beteiligungsportal des Landes, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu
140 überprüfen.
- 141 • Sanktionen für Verwaltungsbereiche, die sich dem Bürokratieabbau verweigern
142 oder Fristen nicht einhalten.

143

144 Sachsen-Anhalt soll Vorreiter einer modernen, schlanken und effizienten Verwaltung
145 werden – mit weniger Vorschriften und mehr Freiheit für alle.

146

147 Begründung

148 - Erfolgt mündlich.

Antrag A001

1 Antragsteller: Die Delegierten für den 35. Ord. Landesparteitag (1) Dr. Maximilian
2 Philipp (Beisitzer im Kreisvorstand Saalekreis), (2) Ramona Hoyer (Vorsitzende
3 des KV Saalekreis) (3) Marcel Bäsler (Vorsitzender OV Teutschenthal, stellvertr.
4 Vorsitzender KV Saalekreis) (4) Thomas Wendt (Schatzmeister OV Teutschenthal),
5 (5) Moritz Eichelmann (ehem. Direktkandidat zur BTW 2025 WK Burgenland-
6 Saalekreis, Stadtrat Merseburg, Beisitzer im Kreisvorstand Saalekreis, (6) Frank
7 Witte (Mitglied des Kreistags Saalekreis) (7) Daniel Krug (Beisitzer im
8 Kreisvorstand Saalekreis)
9

10 Thema: **Beschluss des Landesverbands Sachsen-Anhalt zur inhaltlichen
11 Ausrichtung der FDP auf Bundesebene - Inhaltliche Schwerpunkte für eine
12 zukunftsfähige liberale Politik.**

13

14

15

16

17 Der Landesparteitag möge beschließen:

18

19 Der 35. Ordentliche Landesparteitag beschließt die folgende Auflistung inhaltlicher
20 Schwerpunkte als Eckpunktepapier einer Neuausrichtung der FDP auf Bundesebene,
21 um dadurch unsere Haltung als Landesverband zu der inhaltlichen Debatte um die
22 Zukunft der Partei, auszudrücken.

23

24

25 1. **Ganzheitlich gesellschafts- und wirtschaftspolitisch liberale Ausrichtung**

26 o Als Landesverband setzen wir uns für eine ganzheitlich liberale inhaltliche
27 Aufstellung ein. Der Erfolg des politischen Liberalismus in Deutschland hängt von seiner
28 Geschlossenheit und seiner breiten inhaltlichen Aufstellung ab.

29

30

Antrag **A001**

31 **2. Staatlicher Minimalismus – Konzentration auf Kernaufgaben Sicherheit,**
32 **Bildung, Verteidigung, Infrastruktur, Energie, Gesundheit, Altersvorsorge**
33 o Bemühungen und Vorschläge der Partei für Reformvorhaben sind getragen von
34 einer spürbaren Verschlankung des Staatsapparats und seines Personalbedarfs sowie
35 dem konsequenten Abbau bestehender Regelungen. Der Staats- und
36 Verwaltungsapparat muss kleiner; prozessual, wirtschaftlich effizienter und digitaler
37 werden. Dazu zählt ausdrücklich eine umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen
38 Rundfunks.

39

40 **3. Partei mit entschlossenem Reformwillen zur Umsetzung umfassender**
41 **Reformen im Sozialstaat (Rente, soziale Sicherung, Gesundheit), um die**
42 **Herausforderungen des demografischen Wandels zu bewältigen und dadurch die**
43 **Staatsfinanzen nicht zur Belastung nachfolgender Generationen zu machen.**
44 o Die am 18. Und 21. März beschlossenen Grundgesetzänderungen
45 widersprechen jedweder fiskalischen Vernunft und drohen ohne gleichzeitige
46 Staatsreformen zur finanziellen Belastung der nachfolgenden Generationen zu werden.
47 Um dies abzuwenden, setzt sich die FDP für umfassende Reformen der sozialen
48 Sicherungssysteme und kritischer Infrastruktur unter Beachtung von Punkt 2 ein. Wir
49 verstehen uns als Partei der Generationengerechtigkeit und haben bei unseren
50 Bemühungen besonders die Belange der nächsten Generationen im Blick. Deutschland
51 kann sich insbesondere eine Abwanderung leistungswilliger, qualifizierter und
52 engagierter junger Menschen nicht leisten. Der Staat ist für die Bürger da, nicht
53 umgekehrt. Unser Ziel ist es attraktive Lebensbedingungen für die nachfolgenden
54 Generationen zu schaffen.

55

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Antrag A001

56 **4. Anreiz- statt Verbotsparrei**

57 o Abkehr von einer subventionsgetriebenen Steuerungspolitik, stattdessen
58 Etablierung von Anreizsysteme zur Förderung von Innovation, Freiheit und
59 nachhaltigem Wohlstand.

60

61 **5. Partei des Mittelstands**

62 o Reformbemühungen des Wirtschaftsstandortes und des Steuern- und
63 Abgabesystems zielen insbesondere auf verbesserte und stabile Rahmenbedingungen
64 für kleine- und mittelständische Unternehmen, freie Berufe, Selbstständige und
65 Gründer. Die Steuerlast muss insbesondere bei den kleinen und mittleren Einkommen
66 spürbar abnehmen. Alle Maßnahmen unter 2., 3. und 4. sind dringend notwendig, damit
67 die privaten Haushalte in Deutschland wieder Wohlstand und Vermögen aufbauen
68 können.

69

70 **6. Gesellschaftspolitische Reformen für eine moderne Gesellschaft**

71 o Umsetzung von Reformen und Initiativen unter der Maßgabe spürbarer
72 Freiheitsgewinne für die Bevölkerung. Die Erarbeitung einer liberalen Regelung der
73 Suizidassistenz/Sterbehilfe und die Abschaffung des §188 StGB haben dabei kurzfristig
74 Priorität. Wir stellen uns zudem gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und
75 verpflichtender Sozialarbeit („Freiheitsdienst“).

76

77 **7. Chancen- und Bildungspartei – Einlösung des Aufstiegsversprechens**

78 o Chancengleichheit bei Bildung- und Entwicklung sind Grundvoraussetzung für
79 soziale Mobilität und eine freiheitliche persönliche Entfaltung. Wir wollen die
80 Aufstiegsmentalität positiv besetzen. Die FDP setzt sich zudem für Reformen zur

Antrag A001

81 Stärkung des Wissenschaftsstandorts Deutschland ein. Neben strukturellen Reformen
82 ist hierfür die wichtigste Grundlage die grundgesetzlich geregelte Wissenschafts- und
83 Meinungsfreiheit. Eine Aushöhlung dieser Grundrechte gefährdet die Zukunftsfähigkeit
84 des Wissenschaftsstandorts erheblich.

85

86 **8. Energie ist Wohlstand**

87 o Der deutsche Sonderweg bei der Energiewende ist gescheitert. Dies gefährdet
88 den Wohlstand und die freiheitliche Entwicklung der kommenden Generationen. Die
89 FDP setzt sich daher für eine Reaktivierung und Weiterentwicklung der Kernkraft in
90 Deutschland sowie ernsthafte Prüfung von Übergangstechnologien wie Fracking zur
91 Sicherstellung der Energieversorgung ein.

92

93 **9. Schutz von Umwelt und Klima**

94 o Wir stehen für eine Abkehr vom und Entfernen des Klimaziels 2045 aus dem
95 Grundgesetz ein. Wir machen uns stattdessen für eine innovationsgetriebene
96 Klimapolitik stark, die nicht die Deindustrialisierung des Standorts und Vernichtung von
97 Wohlstand bedeutet und international Nachahmer findet. Wir bauen dabei auf bereits
98 getroffene internationale Vereinbarungen und fördern den europäischen
99 Emissionshandel.

100

101 **10. Fachkräfte-Einwanderungsland statt unkontrollierter Migration**

102 o Durch Reformen bei Steuern- und Abgaben, Stärkung des Wirtschafts- und
103 Wissenschaftsstandorts, Aufbau eines zukunftsfähigen Bildungssystems und Schaffung
104 attraktiver Lebensbedingungen wird Deutschland zum Zielland für dringend benötigte
105 Fachkräfte und gewährleistet eine gelungene Integration. Eine unkontrollierte Migration

Antrag A001

106 aus Krisengebieten überfordert die durch den demografischen Wandel unter Druck
107 stehenden Sozialsysteme und gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Wir unterstützen
108 daher Reformen mit dem Ziel einer spürbaren Zustrombegrenzung und vertreten ein
109 institutionelles anstelle eines individuellen Asylrechts.

110

111 **11. Sicherheit innen und außen**

112 o Wir befürworten eine deutliche Steigerung der Verteidigungsausgaben und
113 Investitionen in Verteidigungs- und Sicherheitsinfrastruktur, die nicht allein auf die
114 Bundeswehr beschränkt bleiben. Eine Reform des Beschaffungswesens und der
115 Strukturen der Bundeswehr soll sich an unseren Grundsätzen aus Punkt 2
116 verwirklichen. Wir befürworten Reformen und Investitionen, die unsere inländische
117 Sicherheit verbessern, ohne die Freiheit der Bürger einzuschränken. Reformen stehen
118 vor neuen Befugnissen für Sicherheitsbehörden, die die Freiheit der Bürger weiter
119 einschränken. Ausweitungen der Vorratsdatenspeicherung lehnen wir ab. Wir setzen
120 auf Rechtsstaatlichkeit und fordern die verfassungsrechtliche Aufwertung des
121 anwaltlichen Berufsgeheimnisses. Nur eine wehrhafte Demokratie, die sich gegen
122 Angriffe von außen und innen konsequent verteidigt, kann in Zukunft bestehen. Die
123 messbare Zunahme von Gewaltverbrechen bereitet uns Sorge. Kurzfristig müssen
124 Maßnahmen zu einer spürbaren Reduktion von Gewaltdelikten führen.

125

126 **12. Entschiedene Haltung gegen Antisemitismus durch klare Ablehnung und 127 konsequente Bekämpfung jeder Form von heimischem und importiertem 128 Antisemitismus.**

129

130 **13. Umgang mit Mitbewerbern im demokratischen Prozess**

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Antrag A001

131 o Als Landesverband Sachsen-Anhalt unterstützen wir die Haltung, dass inhaltliche
132 oder prozessuale Erwägungen zu unseren Positionen und Initiativen nicht von der
133 Zustimmung oder Ablehnung von Mitbewerbern im demokratischen Prozess abhängen.
134
135 Die inhaltliche Ausrichtung soll ausdrücklich nicht auf diese Punkte beschränkt bleiben,
136 dieses Eckpunktepapier soll lediglich unserer Prioritäten als Landesverband bei der
137 inhaltlichen Ausrichtung der Partei auf Bundesebene widerspiegeln. Wir wollen, dass
138 eine erneuerte FDP einen entschlossenen Reformwillen in sich trägt, der sich durch
139 staatlichen Minimalismus gekoppelt mit modernen, innovativen Ansätzen auszeichnet,
140 um so ein Umfeld für Wachstum, Wohlstand, Chancengleichheit, Sicherheit und
141 freiheitlicher Entfaltung der Bürger zu schaffen.

142

143 Begründung

144 Die Bundestagswahl 2025 ist eine erneute dramatische Zäsur für den politisch
145 organisierten Liberalismus in Deutschland. Das schlechteste Wahlergebnis der
146 Parteigeschichte ist ein Anlass für eine notwendige Reflexion von Partei- und
147 Regierungsarbeit, Außenwahrnehmung und struktureller Schwächen der Partei.
148 Aufgrund der regionalen Stärke der AFD in unserem Bundesland, stehen wir als
149 Landesverband zudem vor einer besonderen Herausforderung. Einerseits wollen und
150 müssen wir unsere konstruktive und erfolgreiche Regierungsarbeit im Land und den
151 Kommunen betonen, gleichzeitig müssen wir zur Landtagswahl aber auch klar sagen
152 können, wo wir noch hin wollen und wo wir uns von politischen Mitbewerbern
153 unterscheiden. Insbesondere im Bereich Infrastruktur wird eine nächste
154 Landesregierung aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen sorge dafür tragen
155 müssen, dass die für Investitionen bereitgestellten Mittel tatsächlich in die

Antrag A001

156 Zukunftsfähigkeit des Landes investiert werden. Die Koalitionsverhandlungen im Bund
157 zeigen, dass CDU und SPD die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben und dringend
158 notwendige Reformen zulasten der nachfolgenden Generationen versäumt werden.
159 Dadurch setzen die Parteien den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Akzeptanz
160 zur Demokratie aufs Spiel. Eine FDP im Bund muss ein Korrektiv zu staatsverliebter
161 Steuerungspolitik und antifreiheitlichen Umbaufantasien sein.
162 Dabei hilft es uns als Landesverband nicht, wenn die Partei auf Bundesebene
163 programmatische Leitplanken aufstellt, die unserer Parteiarbeit hier in Sachsen-Anhalt
164 schaden und damit die politische Repräsentation des Liberalismus aufs Spiel setzen.
165 Deshalb müssen wir uns als Landesverband mit klarer Stimme in die inhaltlichen
166 Debatten der Parteiausrichtung einbringen. Dafür haben wir als Delegierte ein
167 inhaltliches Eckpunktepapier erarbeitet, dass vorhandene inhaltlichen Strömungen der
168 Partei aufgreift und unsere Haltung bei der inhaltlichen Neuausrichtung zur Geltung
169 bringt.

Antrag A002

1 Antragsteller: : **Die Delegierten für den 35. Ord. Landesparteitag (1) Dr. Maximilian**
2 **Philipp (Beisitzer im Kreisvorstand Saalekreis), (2) Ramona Hoyer (Vorsitzende**
3 **des KV Saalekreis) (3) Marcel Bäsler (Vorsitzender OV Teutschenthal, stellvertr.**
4 **Vorsitzender KV Saalekreis), (4) Thomas Wendt (Schatzmeister OV**
5 **Teutschenthal), (5) Frank Witte (Mitglied des Kreistags Saalekreis) (6) Daniel Krug**
6 **(Beisitzer im Kreisvorstand Saalekreis)**

7

8 **Thema: Innerparteiliche Veränderung für eine wettbewerbsfähige liberale Partei in**
9 **Deutschland**

10

11

12

13 Der Landesparteitag möge beschließen:

14

15 Der 35. ordentliche Landesparteitag beschließt, dass der Landesvorstand folgende
16 inhaltliche Eckpunkte für Struktur- oder Satzungsänderungen der Partei auf dem 76.
17 ordentlichen Bundesparteitag der FDP unterstützt oder per Antrag zur Abstimmung
18 stellt.

19

20 **1. Änderung der Satzung zur Öffnung für Doppelpitzen- in Partei und**
21 **Fraktion**

22 Wir fordern die fakultative Einrichtung von Doppelpitzen bei Fraktions- und
23 Parteiführungsämtern, um eine breitere inhaltliche Profilierung auch personell zu
24 verkörpern und die Außenwahrnehmung der Partei durch Vielfalt in Schlüsselpositionen
25 zu verbessern und die inhaltliche Arbeit zu stärken. Wir begrüßen eine paritätische
26 Aufstellung nach Geschlecht, Landesverband oder Alter, lehnen eine solche
27 Festschreibung jedoch ab.

28

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Antrag A002

-
- 29 **2. Wir fordern eine bessere Vernetzung und Austausch zwischen**
30 **Ausschüssen, Arbeitsgruppen und Landesverbänden (Digitale Partei).**
- 31 Wir fordern ein Vorantreiben des Ausbaus der digitalen Arbeitsplattformen der Partei,
32 um eine effizientere und breitere Parteiarbeit und inhaltlichen Austausch zu
33 ermöglichen.
- 34 Die vorgenannten Maßnahmen sollen auch dazu dienen, einen breiten Kader an
35 qualifiziertem Personal, mit vielfältigen Merkmalen zu bilden um auch in Krisenzeiten,
36 das Fortbestehen der Partei zu sichern.
- 37 **3. Wir fordern mehr Basisdemokratie bei bundespolitischen Fragen ein**
38 **(Koalitionsverträge, Grundsatzprogramme, Kampagne u.a.).**
- 39
- 40 **4. Erfolgreich in Ost- und West**
- 41 a. Wir unterstützen als Landesverband strukturelle und finanzielle
42 Ausgleiche- und Unterstützung kleinerer Landesverbände für eine
43 erfolgreiche Politik in der Fläche.
- 44 b. Wir unterstützen Bemühungen anderer Landesverbände die
45 Repräsentation ostdeutscher Landesverbände im Bundesvorstand und
46 beim Bundesparteitag zu stärken. Wir regen dazu eine Änderung des
47 Verteilungsschlüssels für die Delegierten zum Bundesparteitag an.
- 48
- 49 **5. Wir fordern, dass bei Kampagnen die Vielfältigkeit der Parteimitglieder**
50 **mit ihren Geschichten und ihrem individuellen Engagement für die**
51 **Freiheit in den Vordergrund gestellt werden.**
- 52
- 53

Antrag A002

54 Des Weiteren unterstützen wir andere Landesverbände bei Ihren Initiativen betreffend:

55

56 1. Vergüteter Parteivorsitz

57 Um die Partei in der APO effizient zu führen und die Partei auf Bundesebene wieder zu
58 Erfolgen zu bringen, unterstützen wir, dass sofern der Parteivorsitz nicht von
59 hauptamtlichen Mandatsträgern ausgeübt wird, eine angemessene Vergütung für das
60 Amt erfolgt. Dies soll auch dazu beitragen, dass ein breites Bewerberfeld für den
61 Parteivorsitz entsteht, um die inhaltliche Neuausrichtung der Partei auch durch
62 entsprechende Personen zu verkörpern.

63 Sollte diese Maßnahme zu einer Vergrößerung des Bewerberfeldes um den
64 Parteivorsitz führen, fordern wir, die Wahl des Parteivorstands im Interesse einer
65 tiefgreifenden inhaltlichen und personellen Debatte auf eine Mitgliederbefragung, ggf.
66 mit vorherigen Regionalkonferenzen, zu vertagen.

67

68 Begründung

69 Die Bundestagswahl 2025 ist eine erneute dramatische Zäsur für den politisch
70 organisierten Liberalismus in Deutschland. Das schlechteste Wahlergebnis der
71 Parteigeschichte ist ein Anlass für eine notwendige Reflexion von Partei- und
72 Regierungsarbeit, Außenwahrnehmung und struktureller Schwächen der Partei. Neben
73 einer Reflexion der inhaltlichen Prioritäten für die nächsten Jahre, sind aus unserer
74 Sicht Strukturreformen für eine erfolgreiche und moderne Partei notwendig. Dafür
75 schlagen wir eine Reihe von Maßnahmen vor.

Antrag A003

1 Antragsteller: : **Kreisverband Halle (Saale)**

2

3 **Thema: Stärkung der Repräsentation und Mitwirkung der ostdeutschen
4 Landesverbände in der Bundespartei**

5

6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8

9 Die Freien Demokraten Sachsen-Anhalt fordern den Bundesvorstand auf, Maßnahmen
10 zu ergreifen, die die repräsentative Funktion sowie die strukturelle Mitwirkung
11 ostdeutscher Landesverbände innerhalb der Bundes-FDP dauerhaft stärken. Ziel ist
12 eine gleichwertige Beteiligung aller Landesverbände an programmatischen,
13 organisatorischen und personellen Entscheidungen der Bundespartei – unter
14 Anerkennung der spezifischen Herausforderungen und Potenziale der ostdeutschen
15 Verbände.

16

17 **Repräsentation sicherstellen:** Die kontinuierliche Präsenz mindestens eines
18 ostdeutschen Mitglieds im Präsidium der Bundes-FDP auch künftig strukturell
19 abzusichern – als sichtbares Zeichen gesamtdeutscher Führung.

20

21 **Mitwirkung stärken:** Die aktive Beteiligung ostdeutscher Landesverbände in
22 Bundesfachausschüssen, Programmkommissionen und Arbeitsgruppen zu fördern,
23 insbesondere durch gezielte Einbindung bei Themen mit regionaler Relevanz (z. B.
24 Strukturpolitik, Demografie, Innovation im ländlichen Raum).

25 Koordinierung institutionalisieren: Einen regelmäßigen „Ost-Dialog“ unter Beteiligung
26 der Vorsitzenden ostdeutscher Landesverbände, eines Präsidiumsmitglieds und ggf.

Antrag A003

27 thematisch zuständiger Fachpolitiker zu etablieren, um ostdeutsche Perspektiven
28 frühzeitig in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.
29
30 **Kommunikation stärken:** Die Sichtbarkeit ostdeutscher Positionen in der
31 Öffentlichkeitsarbeit der Bundespartei zu erhöhen, etwa durch gezielte Presseformate,
32 Schwerpunktwochen oder Interviews mit ostdeutschen Führungspersonen.
33
34 **Agentur die den Osten versteht:** Eine Wahlkampfmanagement, was die
35 unterschiedlichen Aspekte von Ost- und Westdeutschland versteht. Oft hat sich gezeigt,
36 dass Themen, welche in großen Städten Deutschlands ankommen, häufig die Sorgen
37 und Nöte der Menschen im ländlich geprägten Ostdeutschland verfehlt.
38
39 Begründung
40 Repräsentationslücke: Die ostdeutschen FDP-Verbände sind strukturell kleiner und
41 haben daher geringere Stimmanteile auf Bundesparteitagen oder in Gremien. Dennoch
42 tragen sie politische Impulse in die Gesamtpartei – zuletzt etwa in der Energiepolitik.
43 Fehlende Sichtbarkeit: Trotz engagierter Vertreterinnen und Vertreter fehlt es häufig an
44 medialer Präsenz ostdeutscher Perspektiven im bundespolitischen Diskurs der FDP.
45 Das stärkt den Eindruck einer „westdeutsch dominierten Partei“.
46 Gute Praxis beibehalten: Die Besetzung des Präsidiums durch ostdeutsche Mitglieder
47 (zuletzt Lydia Hüskens, zuvor Frank Sitta) hat sich bewährt. Diese Praxis sollte
48 verstetigt, nicht dem Zufall überlassen werden.
49 Interne Gleichwertigkeit: Der innerparteiliche Zusammenhalt profitiert, wenn alle
50 Landesverbände – unabhängig von Größe oder Ressourcen – strukturell mitwirken

Antrag A003

51 können. Gerade in programmatischen Debatten sind ostdeutsche Perspektiven
52 unerlässlich (z. B. bei Förderstrukturen, Wirtschafts- und Sozialpolitik).
53 Wettbewerbsvorteil: Die FDP kann sich gegenüber anderen Parteien als verlässliche
54 Stimme ostdeutscher Interessen profilieren, wenn sie diese nicht nur in
55 Wahlkampfphasen adressiert, sondern dauerhaft institutionell verankert.

Antrag A004

1 Antragsteller: : Junge Liberale Sachsen-Anhalt

2

3 Thema: **Weg mit dem monarchistischen Blinddarm – Das Amt des Bundespräsidenten
4 abschaffen!**

5

6

7

8 Der Landesparteitag möge beschließen:

9

10 Die Freien Demokraten Sachsen-Anhalt fordern das Amt des Bundespräsidenten
11 abzuschaffen.

12 Die Funktion des Staatsoberhauptes wird auf den Bundesratspräsidenten übertragen.

13 Er übernimmt auch:

- 14 - Den Vorschlag des Bundeskanzlers und die Ernennung und Entlassung der
15 Bundesminister.
- 16 - Die Ernennung und Entlassungen von Bundesbeamten, Bundesrichtern,
17 Offizieren und Unteroffizieren.

18 Die Unterzeichnung internationaler Verträge, der Empfang ausländischer Botschafter
19 und die Anerkennung fremder Staaten fallen dem Außenminister zu.

20 Das Begnadigungsrecht entfällt ebenso wie das Prüfungsrecht. Vom Bundestag
21 beschlossene Gesetze müssen fortan nicht mehr gegengezeichnet werden, um im
22 Bundesgesetzblatt veröffentlicht werden zu können.

23 Repräsentative Aufgaben wie die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes werden auf
24 den Bundestags- und Bundesratspräsidenten übertragen oder entfallen größtenteils.

25

26 Begründung

- 27 - Erfolgt mündlich.

Antrag A005

1 Antragsteller: : **Junge Liberale Sachsen-Anhalt**

2

3 **Thema: Schick's doch gleich per Taube – Faxgeräte endlich abschaffen!**

4

5

6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8

9 Wir Freien Demokraten Sachsen-Anhalt wollen, dass das Land und seine Behörden
10 endlich auf zeitgemäße Kommunikationsformen setzen. Aus diesem Grund fordern wir
11 die umgehende Abschaffung aller Faxgeräte in den Amtsstuben Sachsen-Anhalts bis
12 Ende 2025. Gleichzeitig sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass
13 gerade in der Justiz, rechtliche Sicherheit auch ohne Fax gewährleistet ist.

14

15 Begründung

16 - Erfolgt mündlich.

Antrag A006

1 Antragsteller: **Junge Liberale Sachsen-Anhalt**

2

3 **Thema: Gebührenfreier Personalausweis statt eines kassierenden Bürokratiestaates!**

4

5

6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8

9 Die Freien Demokraten Sachsen-Anhalt fordern das Abschaffen der Gebühren, die bei
10 dem Erstellen eines Personalausweises in jenen Fällen anfallen, in denen es der Staat
11 vom Bürger verlangt, diesen zu erwerben. Dies betrifft die Fälle der Erstausstellung des
12 Personalausweises sowie die Erneuerung nach Ablauf dessen Gültigkeit. Nach Verlust
13 ist die erneute Ausstellung des Ausweisdokuments vom Bürger selbst zu tragen. Die
14 Kosten des Ausweiswesens sind dabei vollständig vom Bund zu tragen und anfallende
15 Kosten für die ausstellende Behörde zu erstatten.

16

17 Begründung

18 - Erfolgt mündlich.

Antrag A007

1 Antragsteller: : Junge Liberale Sachsen-Anhalt

2

3 Thema: **Effiziente Medienaufsicht jetzt!**

4

5

6

7

8 Der Landesparteitag möge beschließen:

9

10 Die Freien Demokraten Sachsen-Anhalt fordern die Fusion der Thüringer
11 Landesmedienanstalt (TLM), der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und
12 neue Medien (SLM) und der Medienanstalt Sachsen-Anhalt (MSA) zu einer
13 gemeinsamen Medienanstalt der Bundesländer Thüringen, Sachsen und Sachsen-
14 Anhalt, die die Aufgaben der drei Anstalten übernehmen, bündeln, kosteneffizienter
15 durchführen und langfristig mit den weiteren Medienanstalten Deutschlands zur
16 Bundesmedienanstalt der Länder fusionieren soll.

17 Die Fusion der Landesmedienanstalten von Berlin und Brandenburg hat gezeigt, dass
18 Synergieeffekte möglich sind. Die Fusion dreier großer Medienanstalten wird zeigen,
19 dass der Weg der Zusammenfassung der Medienaufsicht weitergehen muss,
20 insbesondere da die Ländergrenzen immer mehr an Bedeutung verlieren.

21

22 Begründung

23 - Erfolgt mündlich.

Antrag A008

1 Antragsteller: **Junge Liberale Sachsen-Anhalt**

2

3 **Thema: Der Zug, der Zug, der Zug hat keine Bremsen – Prellbock Staat runter von der**
4 **Schiene!**

5

6

7

8

9

10 Der Landesparteitag möge beschließen:

11

12 Die Freien Demokraten Sachsen-Anhalt betonen, dass Mobilität ein Grundpfeiler der
13 persönlichen Freiheit und ein essenzieller Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung
14 ist.

15 Um dies zu gewährleisten, fordert die FDP Sachsen-Anhalt in Bezug auf die Deutsche
16 Bahn:

17

18 1. Die klare Trennung von Bahnbetrieb der Deutschen Bahn und Betrieb des
19 Schienennetzes.

20 2. Das Schienennetz der DB Netz soll durch den Bund staatlich betrieben
21 werden, dabei soll nach Vorbild von Japan eine Gebühr für die Nutzung der
22 staatlichen Schienen erhoben werden.

23 3. Der Bahnbetrieb der Deutschen Bahn soll vollständig privatisiert werden.

24

25 4. Alle Privilegien der Deutschen Bahn sollen restlos entfallen.

26

27 Begründung

28

- Erfolgt mündlich.

Antrag A009

1 Antragsteller: : Junge Liberale Sachsen-Anhalt

2

3 Thema: Konzentration aufs Wesentliche – Sozialhaushalt verkleinern!

4

5

6

7

8

9 Der Landesparteitag möge beschließen:

10

11 Die Freien Demokraten Sachsen-Anhalt fordern das Land und den Bund dazu auf,
12 Ausgaben aus dem Sozialhaushalt kritisch zu hinterfragen und sich auf das Wesentliche
13 zu konzentrieren. Aus unserer Sicht sollte der Sozialstaat zum Ziel haben, die
14 Menschen dabei zu unterstützen und zu befähigen, ein selbstbestimmtes und
15 unabhängiges Leben führen zu können. Deshalb muss darauf geachtet werden, dass
16 sich die Angebote auch darauf fokussieren und dies zum Ziel haben.

17 Wir fordern deshalb das Land und den Bund dazu auf, die Ausgaben im Sozialhaushalt
18 kritisch zu evaluieren und die Wirksamkeit nach dem o.g. Ziel zu bewerten. Ziel soll es
19 sein, einen wirksameren Sozialstaat mit geringeren Ausgaben zu schaffen.

20 Einzelleistungen sollen zusammengefasst werden, sodass ein besserer Überblick
21 möglich ist. Dies dient auch dazu, Antragsverfahren zu vereinfachen und Berechtigte
22 besser zu identifizieren.

23 Förderanträge sind auf die o.g. Ziele zu prüfen und bei Nichterfüllung abzulehnen.
24 Geförderte Projekte, Initiativen und Vereine sollen verpflichtet werden, bei der
25 Bewerbung auf Fördermittel und Gelder aus dem Sozialhaushalt klare Zieldefinitionen
26 zu formulieren. Auf Grundlage dieser sollen zukünftig mittels Benchmarkings eine
27 Evaluierung stattfinden. Werden gesetzte Ziele nicht in vollem Umfang, oder überhaupt
28 nicht erreicht, hat dies eine Kürzung, beziehungsweise Streichung der Gelder zur Folge.

angenommen

abgelehnt

überwiesen

**Antrag
A009**

29

30 Begründung

31 - Erfolgt mündlich.

Antrag A010

1 Antragsteller: **Kreisverband Dessau-Roßlau**

2

3 Thema: **Staatsausgaben senken, Doppelstrukturen abbauen**

4

5

6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8

9 Der Landesverband der Freien Demokraten wird beauftragt, sich beim Bundesparteitag
10 mit folgendem Beschluss einzubringen: Das Berlin/Bonn-Gesetz wird dahingehend
11 überarbeitet, dass es künftig keine Erst- und Zweitsitze von Bundesministerien in Bonn
12 geben wird. Alle Ministerien sollen ausschließlich in der Bundeshauptstadt Berlin
13 verortet sein.

14

15

16 Begründung

17 Mit dem Bonn/Berlin-Beschluss von 1991 wurde festgelegt, dass der Regierungssitz von
18 Bonn nach Berlin zieht und Bonn Bundesstadt wird. Sechs Bundesministerien
19 (Verteidigung, Landwirtschaft und Ernährung, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und
20 Entwicklung, Umwelt, Gesundheit, Bildung und Forschung) haben ihren ersten Sitz in
21 der Bundesstadt behalten. 1994 wurde das Gesetz vollzogen. Seitdem sind über 30
22 Jahre vergangen. Die Deutsche Einheit feiert in diesem Jahr ihr 35-jähriges Jubiläum.
23 Es ist an der Zeit, diese strukturelle Halbherzigkeit der 90er Jahre zu heilen. In Zeiten
24 überbordender Staatsausgaben darf es keine heiligen Kühe mehr geben. Der Staat darf
25 nicht von seinen Bürgerinnen und Bürgern immer mehr Lasten einfordern, ohne an
26 seinen eigenen Doppelstrukturen zu sparen. Im 35. Jubiläumsjahr der Deutschen
27 Einheit wäre dies auch ein Signal an die ostdeutschen Bundesländer, einen weiteren
28 Schritt zur Vollendung der Deutschen Einheit zu gehen.

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Antrag A011

1 Antragsteller: **Liberaler Mittelstand (LIM) Sachsen-Anhalt, Kreisverband Harz**
2
3 Thema: **ALARMSTUFE ROT! Schuldenbremse, Sondervermögen und**
4 **Notlagensituation – Kurs halten und Widersprüche beseitigen**
5
6
7
8

9 Der Landesparteitag möge beschließen:

10
11 1. Die FDP Sachsen-Anhalt fordert die FDP-Landtagsfraktion und die Landesregierung
12 auf, dass sie trotz Änderung der Länderregelung im Artikel 109 Abs. 3 GG sich weiterhin
13 an den bisherigen harten Regeln zur Schuldenbremse in der Landesverfassung
14 orientiert.
15
16 2. Die FDP Sachsen-Anhalt fordert die FDP-Landtagsfraktion auf, die seit den
17 Haushaltsjahren 2024 und 2025 nicht verfassungskonforme Zustimmung für alle
18 weiteren Haushaltjahre zu unterlassen.

19
20
21 Begründung
22

23 1. „Schulden sind die Ketten der Unfreiheit für die nächste Generation.“ (Guido
24 Westerwelle)
25
26 Aufgrund der Grundgesetzänderung des Art. 109 Abs. 3 GG ist es den Bundesländern
27 künftig erlaubt, sich bis 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts neu zu verschulden. Die
28 Aufnahme ins Grundgesetz führt dazu, dass eine Änderung der Landesverfassung nicht

Antrag A011

29 nötig ist (2/3 Mehrheit zur Änderung des Art. 99 LSAVerf fraglich) und durch die
30 Lockerung der Schuldenbremse Kreditermächtigungen von ca. 300 bis 400 Millionen
31 Euro jährlich möglich sind. Unbestritten liegt im Land Sachsen-Anhalt ein hoher
32 Investitionsbedarf im Rahmen der Infrastruktur vor, jedoch kann dies nicht über noch
33 höhere Schulden zulasten der nächsten Generation finanziert werden. Kritisch sind
34 hierbei insbesondere Bundesländer mit besonders hohen Schuldenständen zu
35 bewerten, da diese aufgrund ihrer Mittelausgabe für Zinsen und Tilgung über eine
36 niedrigere Investitionsquote verfügen (Kürzung Budget für Landesstraßen um 37 Million
37 Euro im Haushalt 25/26). Bei Anwendung der 0,35-Regelung im Land Sachsen-Anhalt
38 würde sich das Problem des ständigen Anstiegs der Zins- und Tilgungslast noch
39 verschärfen.
40 Die Netto-Neuverschuldung (ohne die Anwendung der Neuregelung) für den Haushalt
41 2025 sieht 1,1 Mrd. Euro und für das Jahr 1,0 Mrd. Euro vor, was zu einer
42 Gesamtverschuldung von ca. 25 Mrd. Euro am Ende des Jahres 2026 führen wird.
43 Damit liegt Sachsen-Anhalt an der Spitze der Pro-Kopf-Verschuldung aller
44 Flächenbundesländer (11.650 Euro). Diese bisherige und leider auch durch die
45 „Deutschlandkoalition“ fortgeführte Schuldenpolitik ist durch eine Zinslast von ca. 400
46 Mio. Euro erkennbar (2025: 365 Mio. Euro, 2026 420 Mio. Euro). Damit sich unser
47 Bundesland nicht zu einem Sanierungsfall entwickelt, welches sich in absehbarer Zeit
48 nur noch mit Zins- und Tilgungslasten beschäftigt, sei an den Leitsatz einer
49 „**nachhaltigen Finanzpolitik**“ aus dem Koalitionsvertrag erinnert.
50 Die FDP sollte diesbezüglich als treuhänderähnlicher Sachwalter hinsichtlich der
51 Ausgabenphilosophie der Landesregierung auftreten. Die Steigerung der Ausgaben von
52 rund 11,5 Mrd. Euro (2019) zu 15,6 Mrd. Euro im Jahr 2026 ist dem Grundsatz eines

Antrag A011

53 schlanken Staates und dem sparsamen Einsatz der Steuermittel bei einer
54 prognostizierten Steuereinnahme von 10,4 Mrd. Euro nicht vereinbar.
55 Weitere Begründung erfolgt mündlich.
56
57 2. „Notlagenerklärung ist Arbeitsverweigerung!“
58
59 Um defizitäre Haushalte zu verhindern, ist die „harte“ Schuldenbremse in der
60 Landesverfassung verankert. Eine Ausnahme bildet(e) bisher auch die Ausrufung einer
61 außergewöhnlichen Notlage (Art. 99 Abs. 3 LSAVerf). Diese muss außergewöhnlich
62 sein, sich der Kontrolle des Staates entziehen und die Finanzlage des Landes erheblich
63 beeinträchtigen. Weiterhin ist für die nach dieser Ausnahme aufgenommenen Kredite
64 eine Tilgungsregelung vorzusehen.
65 Bereits hier bestehen Zweifel an der Rechtmäßigkeit, da mit der Tilgung dieser Kredite
66 erst in dem auf das Jahr der letztmaligen Feststellung einer außergewöhnlichen
67 Notsituation folgenden Jahr zu beginnen ist. Diese Formulierung lässt offen, wie lange
68 die Notlage noch besteht und ist somit zu beanstanden.
69 Einigkeit besteht im Schrifttum und in der Rechtsprechung darüber, dass die vielen
70 Maßnahmen im Corona-Sondervermögen in einem tatsächlichen Zusammenhang mit
71 der Corona-Pandemie stehen. Dies wird vom LiM Sachsen-Anhalt e.V bei einer Vielzahl
72 der knapp 60 Positionen angezweifelt (mdl. Erläuterung).
73 Haushaltsrechtlich besonders zweifelhaft erscheint die „Umwidmung“ von Geldern aus
74 Projekten, welche kaum Geldabflüsse zu verzeichnen hatten. Diese nicht verbrauchten
75 Mittel dann beispielhaft für die Digitalisierung der Verwaltung („Digitale Infrastrukturen“)
76 einzusetzen, mag sicherlich für die Beschleunigung dieses Ziels förderlich sein, stellt

**Antrag
A011**

77 aber ein politisches Ziel dar, welches schon vor Beginn der Pandemie in der
78 „Gigabitstrategie“ des Landes Sachsen-Anhalt verankert war. Ein monokausaler
79 Zusammenhang zwischen Pandemie und Digitalisierung der Verwaltung ist hier nicht
80 erkennbar. Vielmehr handelt es sich hierbei um eine Kernaufgabe des Haushalts.
81 Neben vieler rechtlichen Bedenken gegen das Ausrufen einer Notlage sieht der LiM
82 Sachsen-Anhalt e.V. und der KV Harz die aufgrund steigender Zinsen noch weiter
83 ansteigende Verschuldung des Landes. Diese Zinsbelastung würde bzw. wird die
84 Tragfähigkeit der Landesfinanzen weiter einschränken und künftigen Generationen
85 fehlen, um z.B. das marode Bildungssystem zukunftsfähig zu gestalten oder
86 Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen.
87 Die Aufgabe des Staates ist es nicht eine Art Generalversicherung für alle Belastungen
88 aufgrund von Krisensituationen zu erklären. Die bisherige Schuldenbremse wurde dafür
89 eingeführt, die heutigen, wenn auch schwierigen, Herausforderungen, nicht auf die
90 künftigen Generationen abzuwälzen. Die nicht verfassungskonforme Erklärung der
91 Notlagensituation sollte diesen Grundsatz nicht aushebeln.

Antrag A012

1 Antragsteller: **Liberaler Mittelstand (LIM) Sachsen-Anhalt**

2
3 Thema: **Gründerkultur schaffen, Beitragsgerechtigkeit herstellen**

4
5
6
7
8 Der Landesparteitag möge beschließen:
9
10 1. Die FDP Sachsen-Anhalt fordert den doppelten Grundfreibetrag gem. § 32 a, Abs. 1,
11 4 und 5 EStG für gewerbliche, freiberufliche und landwirtschaftliche Einkommen.
12 Weiterhin soll die Aufhebung der in § 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 EStG normierten
13 Grenze der Anrechen-barkeit der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer erfolgen.
14 Für Existenzgründer soll die Steuernummer sowie Freistellungserklärungen innerhalb
15 einer Woche erfolgen. Diese sollen außerdem den vierfachen
16 Einkommenssteuerfreibetrag im ersten Jahr der Unternehmens-gründung erhalten.
17

18 2. Im Rahmen der freiwilligen gesetzlichen Krankenversicherung für Selbstständige und
19 Freiberufler ist die Bemessungsgrundlage durch Anerkennung des rechnerischen
20 Arbeitgeber-Anteils als Betriebsausgabe wie bei Arbeitgebern anzupassen. Weiterhin
21 sind die zu verbeitragenden Einkunftsarten mit der Beitragsbemessung Angestellter und
22 Arbeitnehmer zu vereinheitlichen.

23
24
25 Begründung
26
27

Antrag A012

28 1a) Erhöhung auf den doppelten Grundfreibetrag gem. § 32a, Abs. 1, 4 u. 5 EStG für
29 gewerbliche, freiberufliche und landwirtschaftliche Einkommen

30 Das zu versteuernde Einkommen, also die Grundlage zur Berechnung der
31 Einkommensteuer, ist bei Selbstständigen nicht vergleichbar mit dem Nettoeinkommen
32 eines Arbeitnehmers. Tilgungen für Kredite sind nicht als Betriebskosten einsetzbar,
33 lediglich die Abschreibung, welche oftmals weit niedriger als die tatsächlichen Tilgungen
34 ist. Dies bedeutet, dass Steuern auf Geldbeträge anfallen, die dem Steuerpflichtigen
35 nicht zur Verfügung stehen. Das mit jeder selbstständigen Existenz verbundene Risiko
36 muss in Hinsicht auf steuerliche Vergünstigungen abgebildet werden. Der Unternehmer
37 trägt durch sein Unternehmen ein existenzielles Risiko für seine wirtschaftliche Existenz.
38 Das vorhandene Vermögen, und sei es das bescheidene Einfamilienhaus, haftet fast
39 ausnahmslos bei einem unternehmerischen Scheitern mit.

40 Der selbstständige Unternehmer hat eine höhere Kreditbelastung (durch Aufnahme
41 betrieblich bedingter Kredite) zu tragen, als bei einer nicht selbstständigen Tätigkeit. Die
42 betrieblichen Kredite belasten die private Bonität sowie das Rating. Für einen
43 selbstständigen Unternehmer ist es bedeutend schwieriger einen Kredit beispielsweise
44 zum Erwerb einer Immobilie aufzunehmen als dies für einen im öffentlichen Dienst
45 Tätigen. Dies macht sich in den von den Banken angebotenen Zinskonditionen
46 bemerkbar, die für Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes stets günstiger sind als für den,
47 der selbst und ständig tätig ist.

48 Die Realisierung dieses Vorschlags ist eine Frage der steuerlichen Fairness und der
49 Anerkennung und des Respekts vor der Leistung und der Risikobereitschaft des
50 Mittelstandes.

51

Antrag A012

52 1b) Aufhebung der in § 35 Abs.1, S.1 Nr.1 u. 2 EStG normierten Grenze der
53 Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer
54 Durch die bisherige Regelung haben wir im Bundesgebiet unterschiedliche Belastungen
55 bei den Ertragsteuern. Tendenziell haben wohlhabende Regionen einen niedrigen
56 Gewerbesteuersatz, während dieser in weniger entwickelten Regionen höher liegt. Die
57 steuerliche Belastung kann nicht vom Wohnort abhängig sein.
58
59
60 1c) Existenzgründungen positiv begegnen, Deutschland muss Existenzgründerland
61 werden. Existenzgründungen müssen seitens der Politik, der Verwaltung und der
62 Gesellschaft positiv besetzt werden. Deutschland muss Existenzgründerland werden.
63 Deutschland hat im internationalen Vergleich eine weit unterdurchschnittliche Anzahl an
64 Unternehmensgründungen und damit verbunden eine geringe Quote an selbstständig
65 Tätigen. Dies ist volkswirtschaftlich ein Standortnachteil, da gerade die kleinen und
66 mittleren Unternehmen das Rückgrat einer jeden stabilen Volkswirtschaft darstellen.
67 Weiterhin wird gerade durch Neugründungen von Unternehmen die Innovationskraft
68 einer Volkswirtschaft, und damit deren nachhaltige Konkurrenzfähigkeit gestärkt.
69 Deutschland braucht eine neue Gründerkultur. Eine Unternehmensgründung muss sich
70 lohnen und durch die Gesellschaft positiv besetzt sein. Viele große und namhafte
71 Unternehmen sind in den letzten Jahrzehnten in den USA gegründet worden. Die New
72 Economy verdrängt althergebrachtes. Vergleichbares ist in Deutschland nur mit der
73 Gründung von SAP gelungen. Warum existiert in anderen Ländern im Gegensatz zu
74 Deutschland eine prosperierende Gründerkultur? Es ist die Verhinderungsmentalität, es

Antrag A012

75 ist das Steuerwesen, es ist die Bürokratie. Wir brauchen eine Gründeroffensive. Zur
76 Unterstützung dieser fordern wir im Bereich der Abgaben und Steuern:

77
78 Wir fordern die Aufhebung der in § 35 Abs.1, S.1 Nr.1 u. 2 EStG normierten Grenze der
79 Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer. Durch die bisherige
80 Regelung haben wir im Bundesgebiet unterschiedliche Belastungen bei den
81 Ertragsteuern. Tendenziell haben wohlhabende Regionen einen niedrigen
82 Gewerbesteuersatz, während dieser in weniger entwickelten Regionen höher liegt. Die
83 steuerliche Belastung kann nicht vom Wohnort abhängig sein.

84 Weiterhin soll die Gewährung des vierfachen Einkommensteuerfreibetrag für
85 gewerbliche, freiberufliche und landwirtschaftliche Einkommen im ersten Jahr der
86 Unternehmensgründung und die Gewährung des dreifachen
87 Einkommensteuerfreibetrag für gewerbliche, freiberufliche und landwirtschaftliche
88 Einkommen im zweiten Jahr der Unternehmensgründung erfolgen. Die Statistik weist
89 aus, dass oftmals Unternehmen im dritten Jahr eine existenzgefährdenden
90 Liquiditätskrise ausgesetzt sind. Durch die vorgeschlagene Maßnahme wird die
91 unzureichende Eigenkapitalquote im Bereich der Existenzgründungen verbessert und
92 die Resilienz der Unternehmen gestärkt. Weiterhin wird ein Zeichen gesetzt: Leistung
93 lohnt sich!

94
95 2) Beachtung des Prinzips horizontaler Steuer- und Beitragsgerechtigkeit im Rahmen
96 der freiwilligen gesetzlichen Krankenversicherung
97 Selbstständige und Freiberufler müssen ebenfalls wie in einem Arbeitnehmer-
98 /Arbeitgeber Arbeitsverhältnis den AN- und AG-Anteil entrichten, können den AG-Anteil

**Antrag
A012**

99 aber nicht als Betriebsausgabe steuerlich geltend machen. Dies führt in der Regel zu
100 einer ca. 20 Prozent höheren steuerlichen Belastung. Um jedoch das Ziel einer
101 gleichmäßigen Belastung des Produktionsfaktors Arbeit mit Lohnnebenkosten
102 unabhängig von der Erwerbsform zu erreichen, muss der „AG-Anteil“ im Rahmen der
103 Selbstständigkeit steuerlich als Betriebsausgabe berücksichtigt werden. Als
104 Bemessungsgrundlage würde sich der zu versteuernde Gewinn entsprechend
105 verringern, so dass folglich ein Bruttolohnäquivalent mit der gleichen
106 Sozialabgabenquote (als Summe aus AN- und AG-Beitrag) belastet werden würde.
107
108 Weiterhin ist zwingend eine Vereinheitlichung der Einkunftsarten in der GKV
109 vorzunehmen, welche zur Verbeitragung herangezogen werden. Im Gegensatz zum
110 gesetzlich Pflichtversicherten müssen freiwillig gesetzlich Versicherte neben den
111 Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit auch noch KV-Beiträge auf die Einkunftsarten
112 Miete, Pacht, ggf. Partner-Einkommen und ggf. auch Unterhalt entrichten. Kritisch sollte
113 außerdem die Grenze der Mindestverbeitragung im Vergleich zu gesetzlichen
114 Pflichtversicherungsverhältnissen eines Angestellten oder Arbeiters gesehen werden
115 („sog. „Teilzeitselbstständige“).
116 Nur bei konsequenter Umsetzung dieses Forderungskatalogs kann das Vertrauen und
117 folglich die Bereitschaft der Selbstständigen und Freiberufler, sich in das soziale
118 Sicherungssystem des Staates einzugliedern, gestärkt werden.
119 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag A013

-
- 1 Antragsteller: **Junge Liberale Sachsen-Anhalt**
2
- 3 Thema: **Let me fucking go to supermarket – Wildwest-Kapitalismus
4 auch sonntags ermöglichen!**
5
6
7
8
9 Der Landesparteitag möge beschließen:
10
11 Die FDP Sachsen-Anhalt stellt fest, dass alle bis jetzt vorgenommenen Änderungen am
12 Ladenöffnungszeitengesetz nicht ausreichend sind. Wir fordern eine umfängliche
13 Liberalisierung des Ladenöffnungszeitengesetz Sachsen-Anhalt (LÖffZeitG LSA) mit
14 folgenden Punkten:
15 a) Vollständige Ersetzung der §§ 3 bis 8 LÖffZeitG LSA durch die Sätze:
16 "Verkaufsstellen jeder Art dürfen jeden Tag von 0 Uhr bis 24 Uhr geöffnet haben.
17 Für Sonn- und Feiertage gibt es keine gesonderten Regelungen."
18 b) Sonderregelungen für Heiligabend und die beiden Weihnachtsfeiertage halten wir
19 für möglich.
20 c) Wir lehnen jegliche Vorschriften für den Verkauf bestimmter Waren zu
21 bestimmten Zeiten ab und erachten diese als in höchstem Maße
22 freiheitseinschränkend.
23 d) Die Regelungen zum Arbeitsschutz von Arbeitnehmern (§ 9 LÖffZeitG LSA)
24 lassen wir unberührt.
25
26
27 Begründung
28 - Erfolgt mündlich.

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Antrag A014

1 Antragsteller: **Junge Liberale Sachsen-Anhalt**
2
3 Thema: **Lebensmittelverschwendungen eindämmen, Selbstbestimmung
4 beim Einkauf!**
5
6
7
8
9
10 Der Landesparteitag möge beschließen:
11
12 Wir Freien Demokraten Sachsen-Anhalt fordern, dass von den unten genannten
13 Lebensmitteln das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) endgültig verbannt wird, um
14 unnötige Lebensmittelverschwendungen zu verringern.
15 Wir fordern Reis, Mehl, Nudeln sowie Mineralwasser in Glasflaschen in die EU-
16 Verordnung 1169/2011 aufzunehmen, sodass hier kein MHD erforderlich ist.
17 Des Weiteren fordern wir, dass Produkte mit abgelaufenem Mindesthaltbarkeitsdatum,
18 in gekennzeichneten Bereichen, weiterverkauft werden dürfen, um der
19 Lebensmittelverschwendungen entgegenzuwirken.
20
21
22 Begründung
23 - Erfolgt mündlich.

Antrag A015

1 Antragsteller: **Kreisverband Halle (Saale)**
2
3 Thema: **Keine Vorverurteilung - Rasseliste abschaffen**
4
5
6 Der Landesparteitag möge beschließen:
7
8 Die Freien Demokraten Sachsen-Anhalt fordern die FDP-Fraktion im Landtag von
9 Sachsen-Anhalt dazu auf, die Abschaffung der im Gesetz zur Vorsorge gegen die von
10 Hunden ausgehenden Gefahren (HundeG LSA) aufgeführte sogenannte Rasseliste
11 abzuschaffen.
12
13
14 Begründung
15 - Erfolgt mündlich.

Antrag A016

1 Antragsteller: **Junge Liberale Sachsen-Anhalt**

2
3 Thema: **Lehrplan-Chaos beenden!**

4

5

6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8

9 Die FDP Sachsen-Anhalt fordert:

- 10 a) Ein Beenden der Praxis, dass der Fachlehrplan für die Schulen in Sachsen- Anhalt
11 innerhalb weniger Schuljahre stets geändert wird. Dabei erkennen wir Freien
12 Demokraten Sachsen-Anhalt an, dass Bildung dynamisch ist und
13 Fachlehrplanänderungen sinnvoll sein können,
14 b) Ein Beenden der Praxis des Ministeriums für Bildung des Landes Sachsen- Anhalt,
15 dass Änderungen des Fachlehrplans sich in den meisten Fällen darauf beschränken,
16 dass Kompetenzschwerpunkte nur unter den Jahrgängen verschoben werden. Ein
17 Beenden dieses Scheinarbeitens des Ministeriums, welches nur zu einer Mehrbelastung
18 der Lehrkörper führt und kein höheres Ziel verfolgt,
19 c) Den stärkeren Einbezug von praktizierenden Lehrkräften bei einer reell notwendigen
20 Änderung des Fachlehrplans,
21 d) Ein Evaluieren, ob die Möglichkeit besteht, die Fachlehrpläne themenoffener, in den
22 einzelnen Kompetenzschwerpunkten, zu gestalten und Abkehr von einer absoluten und
23 geschlossenen Form der Lehrpläne zu nehmen,
24 e) Die ständige Evaluierung und entsprechende Anpassung des
25 Schulbuchverzeichnisses für das Land Sachsen-Anhalt an die entsprechenden
26 Fachlehrpläne.

27

angenommen

abgelehnt

überwiesen

**Antrag
A016**

28

29 Begründung

30 - Erfolgt mündlich.

Antrag A017

1 Antragsteller: **Junge Liberale Sachsen-Anhalt**
2
3 Thema: **Glauben kannst du in der Kirche – aber nicht in unseren
4 Schulen!**
5
6
7
8

9 Der Landesparteitag möge beschließen:

10
11 Die Freien Demokraten Sachsen-Anhalt fordern die Abschaffung des konfessionellen
12 Unterrichts und Einführung eines überkonfessionellen Religionsunterrichts an staatlich
13 anerkannten Schulen. Für diesen Unterricht besitzen die einzelnen
14 Religionsgemeinschaften kein Vocatio.

15

16 Begründung

17 - Erfolgt mündlich.

Antrag A018

1 Antragsteller: **Kreisverband Magdeburg**

2
3 Thema: **„Alltagshelfer gewinnen“**

4
5
6

7
8 Der Landesparteitag möge beschließen:

9
10 Die Landesregierung wird aufgefordert, flächendeckend für die Schulen

11 Alltagshelferinnen und Alltagshelfer zu gewinnen. Prioritär sollen diese zunächst den

12 Grundschulen und dabei insbesondere Schulen mit schlechter Unterrichtsversorgung

13 zugeordnet werden.

14

15 Begründung

16 - Erfolgt mündlich.

Antrag
A019

1 Antragsteller: **Junge Liberale Sachsen-Anhalt**
2
3 Thema: **Abschaffung der sogenannten Indizierung durch die**
4 **Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien!**
5
6
7
8
9
10 Der Landesparteitag möge beschließen:
11
12 Eine Aufnahme von Medien in die Liste jugendgefährdender Medien durch die
13 Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM), eine sogenannte Indizierung,
14 erfolgt auf Antrag von Jugendministern und -ämtern und hat zur Folge, dass ein
15 betroffenes Trägermedium in Deutschland nicht mehr beworben oder öffentlich
16 ausgelegt und nur auf Nachfrage an Erwachsene verkauft werden darf.
17 Betroffene Telemedien dürfen nicht im Fernsehen ausgestrahlt werden und indizierte
18 Internetseiten werden durch das BPjM-Filtermodul oberflächlich vor deutschen
19 Internetnutzern verborgen.
20 Die Freien Demokraten Sachsen-Anhalt treten dafür ein, diese Praxis einzustellen und
21 bereits vorhandene Indizierungen aufzuheben.
22
23 Begründung
24 - Erfolgt mündlich.

Antrag A020

1 Antragsteller: **Kreisverband Dessau-Roßlau**
2
3 Thema: **Abschaffung Paragraf 188 StGB Gegen Personen des
4 politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und
5 Verleumdung**
6
7
8
9 Der Landesparteitag möge beschließen:
10
11 Der Landesverband der Freien Demokraten wird beauftragt, sich beim Bundesparteitag
12 mit folgendem Beschluss einzubringen:
13 Die Freien Demokraten setzen sich für eine Abschaffung des §188 StGB ein.
14
15 Begründung
16 Die Diskussion über die Abschaffung oder Reform von § 188 des Strafgesetzbuches, der die
17 üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens unter Strafe stellt,
18 kann aus verschiedenen Perspektiven geführt werden. Hierzu einige Gründe, die für eine
19 Abschaffung sprechen:
20
21 - Meinungsfreiheit: Es besteht die Gefahr, dass § 188 die Meinungsfreiheit
22 einschränken könnte, da er eine zusätzliche Hürde für die freie Meinungsäußerung
23 darstellt, insbesondere wenn es um Kritik an öffentlichen Personen geht. Eine lebendige
24 Demokratie erfordert jedoch eine offene Debatte und die Möglichkeit, politische Akteure
25 kritisch zu hinterfragen.
26
27 - Ungleichbehandlung: Der Paragraph könnte als ungleich angesehen werden, da
28 er Personen des politischen Lebens einen besonderen Schutz gewährt, den normale

Antrag A020

29 Bürger nicht in gleichem Maße genießen. Dies kann als ungerecht eingestuft werden, da
30 das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz infrage gestellt wird.

31

32 - Selbstschutz der Politiker: Politiker und Personen des öffentlichen Lebens haben
33 in der Regel mehr Ressourcen und Möglichkeiten, sich gegen Verleumdungen zu
34 wehren, sei es durch Medienpräsenz oder rechtliche Schritte. Daher sollten sie keinen
35 zusätzlichen rechtlichen Schutz benötigen.

36

37 - Missbrauchspotential: Es könnte die Gefahr bestehen, dass der Paragraph
38 missbraucht wird, um legitime Kritik zu unterdrücken oder politische Gegner mundtot zu
39 machen. Dies könnte in der Folge zu einer Einschränkung der politischen Debatte führen
40 und die demokratische Kultur beeinträchtigen.

Antrag A021

1 Antragsteller: **Landesvorstand**

2

3 **Thema: Mehr Transparenz statt Überregulierung im Bodenmarktrecht**

4

5

6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8

9 Das Land Sachsen-Anhalt ist gefordert, sich um eine wettbewerbsfähige und resiliente
10 Agrarstruktur zu bemühen. Die optimale Größe eines Betriebes sollte maßgeblich von
11 den eigenen betriebswirtschaftlichen Erwägungen, also von seinem Erfolg am Markt
12 bestimmt und auch weiterhin nicht von der Politik vorgegeben werden. Reformen am
13 Bodenmarktrecht sollten sich deshalb auf Verbesserungen der Transparenz des
14 Bodenverkehrs, bestenfalls unter Einschluss des Verkehrs mit Gesellschafteranteilen,
15 und die möglichst gleichmäßiges Verwaltungshandeln der Grundstückverkehrsbehörden
16 beschränken. Rechtsunsicherheiten und Überregulierung dürfen nicht entstehen.
17 Agrarstrukturpolitische Maßnahmen, wie Hilfe für Existenzgründungen von
18 Junglandwirten oder die Flurbereinigung, sollten über Förderungen, nicht über das
19 Bodenmarktrecht, geschehen.

20

21 Begründung

22 Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1967 festgestellt, dass der
23 landwirtschaftliche Bodenmarkt gegenüber dem Verkehr mit anderen Vermögensgütern
24 eine Sonderstellung einnehme. Den Interessen der Allgemeinheit müssten hier deutlich
25 stärkere Berücksichtigung finden. Nach Überzeugung der Freien Demokraten Sachsen-
26 Anhalt steht diesbezüglich insbesondere auf das Interesse der sicheren Versorgung mit
27 hochwertigen Nahrungsmitteln im Mittelpunkt. Dazu gehört eine langfristige Perspektive,

Antrag A021

28 die die Leistungsfähigkeit der Betriebe einschließlich des Schutzes ihrer natürlichen
29 Produktionsgrundlagen in den Blick nimmt.
30 Zwar ist eine breite Streuung des Eigentums auch Grund und Boden durchaus
31 wünschenswert, jedoch ist eine marktbeherrschende Stellung einzelner
32 landwirtschaftlicher Betriebe überhaupt nicht absehbar. Auf regionaler Ebene mag es
33 zwar bereits Situationen geben, in denen der Zugang zu Flächen praktisch nur noch
34 einem oder wenigen Nachfragern offensteht.
35 Jedoch dürfte die Schaffung rechtlicher Versagensgründe für den Flächenerwerb
36 aufgrund zu befürchtender Marktkonzentration einen kaum leistbarer
37 Begründungsaufwand mit sich bringen und so der Bodenverkehr mit
38 Rechtsunsicherheiten belastet würde. Stattdessen sollten Instrumente zur Transparenz
39 bei Bodenverkehrsgeschäften geschärft werden, um allen Marktteilnehmern einen
40 besseren Überblick über die örtlichen Bedingungen zu geben.

Antrag A022

1 Antragsteller: **Landesvorstand**

2

3 **Thema: Verbesserung der Dual-Use-Fähigkeit der Verkehrsinfrastruktur zur**
4 **Stärkung der nationalen Resilienz und Sicherheit**

5

6

7

8 Der Landesparteitag möge beschließen:

9

10 Die geopolitischen Entwicklungen der letzten Jahre sowie die Zunahme von
11 Naturkatastrophen und Krisensituationen machen es erforderlich, die Resilienz und
12 Funktionsfähigkeit der deutschen Verkehrsinfrastruktur sowohl für zivile als auch für
13 militärische Zwecke sicherzustellen. Eine moderne und leistungsfähige Dual-Use-
14 Infrastruktur ist essenziell für die Verteidigungsfähigkeit, das Krisenmanagement und
15 die logistische Unterstützung im Katastrophenfall. Ziel dieses Antrags ist die
16 Verbesserung und gezielte Förderung der Dual-Use-Fähigkeit der Verkehrsinfrastruktur,
17 um Deutschland und seine Verbündeten besser auf zukünftige Herausforderungen
18 vorzubereiten.

19

20 **Forderungen:**

21 **1. Strategische Planung und Integration:**

- 22 • Entwicklung eines nationalen Konzepts zur Dual-Use-Fähigkeit der
23 Verkehrsinfrastruktur unter Einbeziehung aller relevanten Ministerien, Behörden
24 und Akteure.
- 25 • Anpassung bestehender Verkehrswege an militärische und zivile
26 Notwendigkeiten (z. B. Verstärkung von Brücken, Anpassung von Straßen für
27 Schwertransporte).

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Antrag A022

-
- Berücksichtigung der Anforderungen des Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU) bei der strategischen Verkehrsplanung, um eine effiziente militärische Mobilität im Spannungs- Verteidigungsfalls zu gewährleisten.

2. Modernisierung und Ausbau:

- Investitionen in die Sanierung und den Ausbau von Autobahnen, Schienennetzen, Häfen, Fähren und Flughäfen unter Berücksichtigung militärischer Anforderungen.
- Einrichtung von Notfall-Landebahnen auf ausgewählten Autobahnabschnitten.
- Sicherstellung, dass kritische Infrastruktur widerstandsfähig gegenüber Cyberangriffen und Sabotage ist.
- Ausbau Deutschlands als zentrale Drehscheibe für den militärischen Güter- und Truppentransport innerhalb der NATO und der EU. Deutschland muss seine Anforderungen als Host Nation lückenlos erfüllen können.
- Verbesserung der Fährenkapazitäten und Anpassung von Hafeninfrastrukturen, um den schnellen und sicheren Transport von militärischem Gerät zu gewährleisten.

3. Kooperation mit NATO und EU:

- Verstärkte Zusammenarbeit mit der NATO und der EU zur besseren Koordination der Verkehrsinfrastruktur für militärische und zivile Zwecke.
- Beteiligung an europäischen Projekten zur Verbesserung der Mobilität der Streitkräfte in Krisenzeiten.
- Förderung der freien Beweglichkeit militärischer Güter innerhalb der EU durch die Reduzierung bürokratischer Hürden und die Harmonisierung von Vorschriften.

4. Effizientes Krisenmanagement:

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Antrag A022

-
- 52 • Schaffung einer zentralen Koordinationsstelle beim Operativen
53 Führungskommando der Bundeswehr zur Nutzung der Verkehrsinfrastruktur im
54 Spannungs- oder Verteidigungsfall.
55 • Regelmäßige Übungen mit zivilen und militärischen Akteuren zur Verbesserung
56 der Reaktionsfähigkeit.

57 **5. Rechtliche und finanzielle Absicherung:**

- 58 • Anpassung gesetzlicher Rahmenbedingungen zur besseren Integration
59 militärischer und ziviler Anforderungen in die Verkehrsplanung.
60 • Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel zur Umsetzung der Maßnahmen.

61
62 Begründung

63 Die Anpassung der Verkehrsinfrastruktur an duale Nutzungsanforderungen ist eine
64 zentrale sicherheitspolitische Aufgabe. Sie stärkt die Verteidigungsfähigkeit, verbessert
65 das Katastrophenmanagement und trägt zur allgemeinen Resilienz des Landes bei.
66 Daher fordern wir eine zügige Umsetzung der oben genannten Maßnahmen, um
67 Deutschland und Europa sicherer und widerstandsfähiger zu machen.

Antrag A023

1 Antragsteller: **Landesvorstand**

2

3 Thema: **Wettbewerbsverzerrung im Privatwald beenden**

4

5

6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8

9 Die FDP-Fraktion wird gebeten, ein unverzügliches Umsteuern bei der Beförsterung des
10 Privat- und Körperschaftswaldes einzuleiten, um die Verhinderung des Wettbewerb
11 forstlicher Betreuungsdienstleister zu beenden. Dazu ist die Waldbetreuung durch das
12 Landeszentrum Wald für den Privat- und Körperschaftswald konsequent auf
13 Vollkostenabrechnung umzustellen.

14

15 Begründung

16 Das Landeszentrum Wald berät und betreut Waldbesitzer im Privat- und
17 Körperschaftswald.

18 Die Beratung beinhaltet Rat und Anleitung zur ordnungsgemäßen Forstwirtschaft und
19 erfolgt unentgeltlich. Waldbesitzer bis 10ha haben darauf sogar einen gesetzlich
20 fixierten Anspruch. Gegen Entgelt betreut das Landeszentrum Waldflächen gegen
21 Entgelt. Es werden jährliche Betriebspläne erstellt, deren Vollzug kontrolliert, konkrete
22 Forstarbeiten vorbereitet und durchgeführt, der Holzverkauf abgewickelt,
23 Fördermaßnahmen vorbereitet und abgewickelt und die erforderliche Buchhaltung
24 durchgeführt. Und das alles, anders als am freien Markt, nicht unter Anrechnung von
25 Vollkosten, obwohl 2020 eine Umstellung der Betreuungsentgelte auf Vollkosten
26 erfolgte. Das Land hat in den Jahren 2021 und 2022 die Betreuung des Privat- und
27 Körperschaftswaldes mit bis zu rund 2,5 Mio. €/Jahr subventioniert. Das ist ganz

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Antrag A023

28 konkrete Marktverzerrung, benachteiligt Unternehmer und schmälert die Landeskasse
29 erheblich.
30 Dazu ist die Waldbetreuung im Privat- und Körperschaftswald konsequent auf
31 Vollkostenabrechnung umzustellen. So können sich Unternehmen am Markt beteiligen
32 und Waldbesitzer haben die Wahlmöglichkeit, sich staatlicher oder privater
33 Dienstleistungen zu bedienen.